

ARGENTINIEN

NICOLAS BECKMANN

BERND LÖHMANN

Juni 2011

www.kas.de/argentinienwww.kas.de

Die Betrugsaffäre bei den „Madres de Plaza de Mayo“

Die für ihren Protest gegen die Militärdiktatur international anerkannte Organisation Mütter der Plaza de Mayo ist in einen Betrugsfall verwickelt. Wegen Veruntreuung und Geldwäsche hat die Justiz Ermittlungen gegen Sergio Schoklender aufgenommen, der als Beauftragter der „Madres“ für ein landesweites soziales Wohnungsbauprogramm verantwortlich war. Die Auswirkungen des Skandals treffen auch die Regierung der Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, die die Finanzierung bereit stellte.

Die Bewegung der „Madres“

Die alt gewordenen Frauen mit ihren weißen Kopftüchern, die in der Militärdiktatur (1976-1983) mutig Gewissheit über das Schicksal ihrer verschleppten Kinder einforderten, gelten nicht allein in Argentinien als Symbole für den friedlichen Protest gegen Unterdrückung und Willkür. Seit dem 30. April 1977 demonstrierten sie jeden Donnerstagnachmittag auf der „Plaza de Mayo“. Schweigend und langsam schreitend umrundeten sie den Platz vor dem argentinischen Präsidentenpalast, um nicht gegen die herrschenden Versammlungsverbote zu verstoßen. Nie zuvor hatte die Welt einen so ergreifenden Protestzug erlebt wie den der um ihre Töchter und Söhne bangenden und trauernden Mütter.

Unter der Leitidee von „Verdad y Justicia“ (Wahrheit und Gerechtigkeit) setzten sie auch nach dem Ende der Diktatur die Kundgebungen fort. Aufklärung der Verbrechen und die Bestrafung der Täter waren ihre vorrangigen Ziele. Wegen ihres Mutes und ihrer Entschlossenheit wurden die Mütter mit bedeutenden Auszeichnungen wie dem

EU-Menschenrechtspreis 1992 (Sacharow-Preis für geistige Freiheit) geehrt.

International weitgehend unbeachtet blieb, dass sich die Bewegung 1986 aufspaltete und heute neben der „Fundación Madres de Plaza Mayo“ eine weitere Organisation „Madres de Plaza de Mayo - Línea Fundadora“ gibt. Diese neue Gruppierung, der sich viele Gründungsmitglieder anschlossen, hatte sich nicht zuletzt aus Kritik an der Anführerin der damals noch vereinten Madres, Hebe de Bonafini, gebildet, der Selbstherrlichkeit und autoritäres Gebaren vorgeworfen wurde. Die bis zum heutigen Tage von ihr geführte „Fundación“ hat mit einer eigenen Zeitung, Radiostation und Universität sowie mit eigenen Büros in der Hauptstadt längst ihre bescheidenen Anfänge hinter sich gelassen. Diese auch politisch einflussreiche Organisation steht seit Ende Mai im Mittelpunkt eines Korruptionsskandals um das soziale Wohnungsbauprojekt „Sueños Compartidos“ (Gemeinsame Träume), dessen Ausmaße bislang nicht abzuschätzen sind.

Die Affäre lässt die Regierung der Präsidentin Christina Fernández de Kirchner im Wahljahr 2011 nicht unberührt. Seit Jahren steht sie mit der Mütterorganisation in enger Verbindung und finanziert diese großzügig. Aus dem sogenannten Kirchnerismus, dem die Madres einen überlegenen moralischen Anspruch verliehen haben, sind Hebe de Bonafini und ihre Organisation kaum wegzudenken. Eine überparteiliche Haltung besitzen die Madres nicht. Zeichen ihrer eindeutigen Parteinahme ist vielmehr ein meterlanges Plakat mit der Aufschrift: „Cristina 2011“, das an der Außenfassade des Hauptstützpunktes der Madres in Buenos

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

NICOLAS BECKMANN

BERND LÖHMANN

Juni 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Aires befestigt ist. Viel beachtet wurde daher der Umstand, dass – wohl unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse – Hebe de Bonafini nicht unter den Getreuen war, die die Präsidentin um sich versammelt hatte, als sie vor wenigen Tagen ihre erneute Kandidatur bekannt gab.

Die Betrugsaffäre um das Bauprojekt „Sueños Compartidos“

Der Betrugsskandal ist keine Kleinigkeit, sondern betrifft ein bedeutendes staatsfinanziertes Bauprogramm, mit dem die Lebensverhältnisse in den als „Villas“ bezeichneten argentinischen Elendsvierteln verbessert werden sollen. 4541 Sozialwohnungen, zwölf Gesundheitszentren und unterschiedliche urbane Infrastrukturprojekte sollen gemäß der Planung zwischen 2008 und 2013 in der Stadt Buenos Aires, den Provinzen Río Negro, Chaco, Santiago del Estero und Misiones sowie in den Städten Tigre, Almirante Brown und Rosario entstehen. Die veranschlagte Bausumme beträgt 1.265.000.000 argentinische Pesos, d.h. rund 220 Millionen Euro. Nach Angaben des verantwortlichen argentinischen Planungsministers Julio de Vido sind davon bislang 765 Millionen argentinische Pesos (rund 130 Millionen Euro) an die „Madres“ überwiesen worden.

Am 26. Mai wurde die Nachricht öffentlich, dass die „Madres“ zum Bau der Häuser mit nicht registrierten Firmen kooperiert hätten und überhöhte Baupreise bezahlt worden seien. Der Auslöser des Skandals war laut Medienberichten ein erklärter „Kirchnerist“, der seinen Unmut über Unregelmäßigkeiten beim Bau der Wohnungen in der Zentralgewerkschaft CGT vorgetragen haben soll. Ausgerechnet über die Kanäle dieser, der Präsidentin offiziell weiterhin nahestehenden Organisation soll der Skandal an die Öffentlichkeit gelangt sein.

Im Zentrum des Skandals steht seitdem Sergio Schoklender, dessen Lebensgeschichte nicht erst seit jetzt Stoff für eine hollywoodreife Verfilmung bietet: Am 30. Mai 1981, seinem 23. Geburtstag, verübte er gemeinsam mit dem Bruder Pablo einen brutalen Mord an seinen Eltern – so die

Überzeugung des Strafgerichts, das ihn zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilte. In der Haft studierte er erfolgreich Jura und Psychologie. 1995 kam er frei. Die junge Gefängnispsychiaterin ist heute seine Ehefrau. Pablo Schoklender war nach der Tat für einige Zeit nach Bolivien geflohen, so dass er erst später als sein Bruder gefasst und dementsprechend später aus dem Gefängnis entlassen wurde. Die Schwester der beiden ist seit dem Verbrechen unter einer neuen Identität untergetaucht.

Bereits im Gefängnis bestand Kontakt zwischen Sergio Schoklender und Hebe de Bonafini. Sie sorgte dafür, dass er nach der Haft zunächst in der Universität der Madres Arbeit fand. Offenbar gelangt es ihm, seine Vertrauensstellung so weit zu festigen, dass er 2008 als Beauftragter der Madres für das Wohnungsbauprogramm „Sueños Compartidos“ eingesetzt wurde. In dieser Funktion hatte er offensichtlich freien Zugriff auf die von der Regierung übertragenen Finanzmittel der Madres, ebenso Vollmachten zur Überweisung von Geldbeträgen und zur Ausstellung von Schecks.

Nach dem Bekanntwerden des Skandals endete die Zusammenarbeit abrupt. Laut eigener Aussagen trat Schoklender freiwillig von seinen Funktionen zurück, um sich künftig eigenen Projekten zu widmen. Mit Sicht auf sein Privatvermögen gab er unvorsichtigerweise an, dass er sich aufgrund seiner eigenen Einkünfte aus dem Handel mit Patenten und Beratertätigkeiten theoretisch einen Ferrari, eine Yacht und sogar ein Privatflugzeug leisten könne. Bislang konnten allerdings weder in Argentinien, den USA, noch in Europa Patente auf seinen Namen aufgefunden werden.

Kurz darauf berichteten die Zeitungen, dass Schoklender landesweit 15 Immobilien sein Eigen nennt. Außerdem sei er Eigentümer einer Reihe dubioser Briefkastenfirmen, in deren Besitz sich tatsächlich zwei Privatflugzeuge, zwei Yachten, ein Porsche und ein Ferrari befinden sollen. Zu diesen Firmen zähle das Unternehmen „Meldorek“, das für den Bau der Wohneinrichtungen der „Fundación Madres de Plaza de Mayo“ verantwortlich gewesen sei. Des Weiteren wurde

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

NICOLAS BECKMANN

BERND LÖHMANN

Juni 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

öffentlich, dass Schoklender mehrmals unter falschem Namen in einem Luxushotel in dem exklusiven Kurort Bariloche zu Gast gewesen und Stammkunde eines Kasinos in Buenos Aires sei. Die Einsicht in die Flugunterlagen der Privatjets ergab gemäß der Berichterstattung, dass seine Reisen nicht selten zu beliebten Ferienzelen führten. Die Privatschule, die der Sohn Schoklenders besucht, kämpft derzeit um ihre Existenz, weil die Geldzuweisungen der Firma Meldorek – die Rede ist von 50.000 US-Dollar monatlich – mittlerweile ausbleiben. In einem „Country“ (privates geschlossenes Wohnviertel) wurde Medienberichten entsprechend festgestellt, dass acht der 17 Häuser, die den Schoklenders und ihnen nahe stehenden Personen gehören, größtenteils aus den gleichen Materialien gefertigt sind, wie sie auch für den Bau der Sozialwohnungen verwendet wurden.

Dass Sergio Schoklender, vermutlich mit Hilfe seines Bruders Pablo, der ebenfalls für die Madres arbeitete, und weiterer Komplizen, seine Stellung innerhalb der Madres ausnutzte, um sich persönlich zu bereichern, steht inzwischen außer Frage. Auch die Regierung räumt das ein, wobei sie die Schuldfrage auf die Person Sergios reduziert. „En todo caso, él ha defraudado“ (Auf jeden Fall hat er betrogen.), sagte der argentinische Innenminister Florencio Randazzo vor kurzem. Obwohl es sich um veruntreute Bundesgelder handelt, wies die Regierung jedes mögliche eigene Versagen weit von sich und sah die Kontrollpflicht im Falle des Wohnungsbauprogramms auf lokaler und kommunaler Ebene. Auch die heftig in die Kritik geratene Anführerin der Madres wurde von der Regierung nach Kräften verteidigt, indem sie beteuerte, dass Hebe de Bonafini und die Madres Betrügern zum Opfer gefallen seien. Dass Bonafini, selbst wenn sie nichts von den Machenschaften Schoklenders gewusst haben sollte, als Präsidentin der Madres mittelbar eine Verantwortlichkeit treffen könnte, wurde regierungsseitig nicht thematisiert. Vielmehr sicherte Kabinettschef Aníbal Fernández bei einem Treffen mit Hebe de Bonafini in der Casa Rosada jede erdenkliche juristische und finanzgutachtliche Unterstützung zu.

Dagegen gingen Symbolfiguren der argentinischen Menschenrechtsbewegungen auf Distanz zu den „Madres“. So hinterfragte der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel beispielsweise deren Regierungsnähe. Die Präsidentin der „Abuelas de Plaza de Mayo“, Estela Carlotto, stellte die Amtsführung Bonafinis in Frage und gab dieser als Präsidentin eine Mitverantwortung für die Vorkommnisse.

Ermittlungen gegen Sergio Schoklender

Am 2. Juni 2011 nahm Richter Norberto Oyarbide die Ermittlungen auf. Dabei handelt es sich nicht nur wegen eines Skandals im homosexuellen Rotlichtmilieu schillernde Figur, sondern auch weil er in den vergangenen Jahren fast alle politisch bedeutsamen Verfahren an sich ziehen konnte, obwohl die Wahrscheinlichkeit im Zuweisungsverfahren mit eins zu sechs eigentlich relativ schlecht steht. Gegen Schoklender verhängte er nun ein Ausreiseverbot und eröffnete ein Verfahren wegen „Betrugs am Staat“, „Geldwäsche“ und „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Weil bei der Durchsuchung der Firma Meldorek drei scharfe Feuerwaffen gefunden worden sind, wird sich Schoklender auch wegen illegalen Waffenbesitzes verantworten müssen.

In einem Büro, das Schoklender unweit vom Hauptsitz der „Madres“ auf deren Kosten angemietet hatte, wurden daraufhin zwölf Computer und zahlreiche Akten konfisziert. Vermutlich ist die systematische Abzweigung von Stiftungsgeldern auf Schoklenders undurchsichtiges Firmennetzwerk von dort aus koordiniert worden. Wenige Tage später wurde bereits deutlich, dass das Büro gründlich „aufgeräumt“ worden war und die beschlagnahmten Unterlagen keine neuen Aufschlüsse bieten.

Am 13. Juni wandte sich Hebe de Bonafini im Namen der Stiftung an die Justiz und erstattete Anzeige gegen die Brüder Schoklender und ihre Komplizen. Auch gab sie zu Protokoll, dass in der Nacht vom 3. Juni zahlreiche Dokumente aus dem Sitz der Madres gestohlen worden seien. Um den Druck auf ihre Organisation zu mindern, hatte sie zuvor 16 Mitarbeiter, darunter

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

NICOLAS BECKMANN

BERND LÖHMANN

Juni 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

auch Pablo Schoklender, entlassen. Dennoch werden in der Öffentlichkeit weiterhin Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit geäußert. Dass sie – eng mit Schoklender verbunden – weder von seinem luxuriösen Lebensstil, noch von seinem Firmennetzwerk gewusst haben soll, erscheint manchen Kommentatoren fragwürdig. Neueste Veröffentlichungen brachten nun ihre Tochter, María Alejandra Bonafini, mit ins Spiel. Ihr soll Sergio Schoklender eine Appartementwohnung zu einem weit überhöhten Preis abgekauft haben.

Noch hat Richter Oyarbide die „Madres“ nicht als Mitklägerinnen akzeptiert. Somit bleibt noch offen, ob er auch gegen sie und ihre Präsidentin ermitteln wird. Mit äußerster Entschlossenheit scheint er diese Absicht allerdings nicht verfolgen zu wollen. So gewährte er den Madres eine 10-Tage-Frist, um relevante Unterlagen beizubringen. In diesem Zeitraum geschah der Aktendiebstahl, den die Madres jetzt der Gruppe um Sergio Schoklender anlasten. Erst danach wurden die Büros der Madres durch die Strafverfolgungsbehörden untersucht.

Inzwischen werden auch gegen José Sbatella, den Leiter der argentinischen Regierungsbehörde zur Bekämpfung von Geldwäsche „Unidad de Información Financiera“ (UIF), Ermittlungen angestrengt. Ihm wird vorgeworfen, seit langem über die Unregelmäßigkeiten bei den Madres informiert gewesen zu sein. Offenbar lagen ihm spätestens seit März 2010 Informationen der Banken Santiago del Estero und Supervielle über verdächtige Transaktionen vor, denen er aber nicht nachgegangen ist.

Mögliche Auswirkungen der Betrugsaffäre

Die Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner traf das Bekanntwerden der Betrugsaffäre mitten in der ablaufenden Definitionsphase für ihre eigene Kandidatur. Gemutmaßt wird seither, dass der Zeitpunkt seitens einiger Medienkonzerne, mit denen sich ihre Regierung seit Jahren eine heillose Auseinandersetzung bietet, mit Bedacht gewählt sein könnte. Ob der Fall Schoklender nur ein Auftakt war und diese Medien für die nun beginnende Wahlkampfphase

ähnlich schwerwiegende Vorfälle in der Hinterhand halten, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich ist hingegen, dass die Affäre um Geldwäsche und Veruntreuung sich ausweiten könnte. So geriet zuletzt Milagros Sala, Anführerin der Piqueteros (Protestbewegung, die durch Straßensperren vorgeblich auf soziale Missstände hinweist), in die Schlagzeilen, weil sie über ein Vermögen von 3.700.000 Pesos verfügen soll. Ähnlich wie die „Madres“ betreibt ihre Gruppierung „Tupac Amaru“ in der Provinz Jujuy ein allerdings sehr viel bescheideneres soziales Wohnungsbauprojekt.

Sachlich betrachtet erscheint die Argumentationslage der Regierung vielen Beobachtern als schwierig: Wie kann es sein, dass sie einerseits die Madres, deren führende Mitglieder in der Tat zwischen 84 und 92 Jahre alt sind, als bedauernswerte Opfer eines skrupellosen Betrügers darstellt, dieser Organisation andererseits jedoch die Umsetzung eines gigantischen Bauvorhabens überantwortet hat? Nicht eines der Projekte der 72 weiteren Organisationen, mit denen die Regierung beim Sozialen Wohnungsbau kooperiert, übersteigt nach Medienangaben den Kostenansatz von 300 Millionen (Peso), was etwa einem Viertel des Finanzvolumens von „Sueños Compartidos“ entspricht.

Übermäßig zu beunruhigen scheint der Fall Schoklender die Regierung bislang dennoch nicht. Sie stützt sich darauf, dass noch keine argentinische Regierung mehr Sozialwohnungen gebaut habe als die gegenwärtige. Mit Bezug auf das Programm „Sueños Compartidos“ verweist sie auf 1432 vollendete und 3109 zu 54 Prozent fertig gestellte Häuser.

Zwar gibt es eine wahrnehmbare Empörung über die Ereignisse bei den Madres, welche Bevölkerungsgruppen sie erreicht und wie lange sie andauert, ist aber bislang nicht abzusehen. Vermutlich sind es derzeit eher gehobene und Zeitung lesende gesellschaftliche Schichten, die sich von den Geschehnissen um Schoklender beeindrucken lassen. Insgesamt aber trifft der Skandal eine Gesellschaft, die Korruption eher mit Langmut oder Defätismus zu begegnen scheint.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

NICOLAS BECKMANN

BERND LÖHMANN

Juni 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

„Roban, pero hacen“ (Sie stehlen, aber bringen etwas auf die Beine.) sei, so die Meinung einiger Kommentatoren, eine bereits zu Zeiten der Militärdiktatur sprichwörtlich gewordene Einstellung, die die politischen Auswirkungen des Skandals in Grenzen halten werde.

Als Folge der Schoklender-Affäre hält ein führender Meinungsforscher des Landes eine Abnahme der Wahlabsichten für Cristina Fernández der Kirchner im Umfang von drei Prozentpunkten für möglich. Einige andere Einschätzungen liegen darüber. Angesichts der herausragend guten Werte der Präsidentin in den aktuellen Umfragen scheint die Minderung der Zustimmung allerdings bisher nicht übermäßig ins Gewicht zu fallen.

Angesichts der politischen und symbolischen Bedeutung der Affäre ist auf eine schnelle und rückhaltlose juristische Aufarbeitung zu hoffen. Gerade den Madres würde das zu Gute kommen. Trotz aller früheren und unbestreitbaren Verdienste, werden sie nur dann in Argentinien und international das große Menschenrechtsvorbild bleiben, wenn sie bei der Verfolgung des Falles Schoklender keine Sonderbehandlung erwarten oder erfahren. Die von ihnen in der Diktatur so großartig vertretenen Grundsätze „Wahrheit und Gerechtigkeit“ sind universell und nicht teilbar.